
Dokumentenstand: 18. Mai 2026

VERTRAGSBEDINGUNGEN

Vereinbarung

über die Gestellung von ärztlichem Personal für den

Notarztdienst

im Hochsauerlandkreis

auf der Grundlage von § 6 Abs. 1 Satz 1 des *Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen* (Rettungsgesetz NRW - RettG NRW) v. 24.11.1992 (GV. NRW. S. 458), SGV. NRW. 215, zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 2 *Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes* v. 17.12.2015 (GV. NRW. S. 886)

Träger des Rettungsdienstes	Hochsauerlandkreis, vertreten durch den Landrat Thomas Grosche und die Fachbereichsleiterin des Fachdienst 38 "Rettungsdienst, Feuer- und Katastrophenschutz", Anja Menne, Steinwiese 3, 59872 Meschede	- im Folgenden: „Aufgabenträger“ -
Leistungserbringer	[...] vertreten durch [...], [...]	- im Folgenden: „Gesteller“ -
Gegenstand	Gestellung von ärztlichem Personal für den Notarztdienst	

§ 1

Aufgabe, Zuständigkeiten und Zusammenarbeit

- (1) Gegenstand dieser Vereinbarung ist die Gestellung von ärztlichem Personal zur Teilnahme am Notarztdienst nach Maßgabe dieser Vereinbarung sowie der weiteren Vertragsbestandteile (§ 5) zur Erfüllung des Sicherstellungsauftrags des Aufgabenträgers nach § 6 Abs. 1 RettG NRW.
- (2) Der Aufgabenträger sorgt für die Sicherstellung einer einheitlichen und gleichmäßigen Erfüllung der Aufgaben des Rettungsdienstes im Rahmen des Bedarfsplanes sowie für eine ordnungsgemäße Zusammenarbeit mit den übrigen am Rettungsdienst Beteiligten.
- (3) Die Vertragspartner verpflichten sich, zur Gewährleistung der rettungsdienstlichen Aufgaben jederzeit vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, sich in diesem Sinne rechtzeitig zu unterrichten und umfassend zu informieren und sich über Maßnahmen abzustimmen, die den Regelungsbereich dieser Vereinbarung berühren.
- (4) Der Gesteller hat alle erforderlichen Maßnahmen – sowohl in Wahrnehmung seiner Organisationsverantwortung, als auch durch entsprechende (arbeits-) vertragliche/rechtliche Regelungen mit den von ihm eingesetzten Ärzten sowie durch geeignete Einweisung und Fortbildung – zu ergreifen, so dass die jederzeitige Einhaltung aller Vorgaben und Anforderungen nach dieser Vereinbarung sichergestellt ist.

§ 2

Leistungsumfang

Der Aufgabenträger überträgt dem Gesteller die Aufgabe der Bereitstellung des notärztlichen Personals für den Notarztstandort [Bezeichnung des Loses bzw. Standortes] im Umfang nach näherer Maßgabe der **Anlage 3 Leistungsbeschreibung**.

§ 3

Bedarfsänderungen, Anpassungen

- (1) Der Aufgabenträger ist berechtigt, die Vorhaltung des Notarzt-Rettungsmittels sowie die hiermit verbundenen Einsatzzeiten der vom Gesteller bereitzustellenden Notärzte an veränderte rettungsdienstliche

Rahmenbedingungen anzupassen. Eine Anpassung kommt insbesondere in Betracht bei

- a) Veränderungen des Einsatzaufkommens;
 - b) strukturellen Änderungen der rettungsdienstlichen Versorgungsbedarfe;
 - c) organisatorischen Anpassungen der rettungsdienstlichen Versorgungsstruktur.
- (2) Die Anpassung kann insbesondere erfolgen durch:
 - a) Änderung der Betriebszeiten des Notarzt-Rettungsmittels;
 - b) Verlegung oder Schließung eines Standortes.
 - (3) Der Aufgabenträger ist berechtigt, den ursprünglich vereinbarten Vorhalteumfang einseitig um bis zu 30 % nach oben oder unten anzupassen. Diese Anpassung erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Gesteller.
 - (4) Eine über den in Absatz 3 genannten Umfang hinausgehende Anpassung des Vorhalteumfangs ist zulässig, sofern der Gesteller dieser Anpassung ausdrücklich zustimmt.
 - (5) Die Ausübung der Anpassungsoption setzt voraus, dass
 - a) dem Gesteller Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde;
 - b) die Anpassung auf einer nachvollziehbar dargelegten Änderung des rettungsdienstlichen Bedarfs beruht.
 - (6) Die Verlegung oder Schließung eines Standortes ist nur zulässig, soweit hierdurch der wirtschaftliche und organisatorische Gesamtcharakter des Auftrags nicht grundlegend verändert wird.
 - (7) Bei Ausübung der Anpassungsoption hat der Aufgabenträger dem Gesteller eine angemessene, mindestens jedoch drei-monatige (3-monatige) Vorlaufzeit einzuräumen.
 - (8) [Nur für Los 1 – Standort Brilon:] Zusätzlich ist der Aufgabenträger berechtigt, den Gesteller auch mit der

Bereitstellungszeit jeweils vom 1. bis einschließlich 15. des Monats zu beauftragen.

- (9) Der Aufgabenträger ist berechtigt, bei Bedarfsausweitungen entweder
- von den Anpassungsoptionen dieses Vertrages Gebrauch zu machen oder
 - zusätzliche Leistungen gesondert zu vergeben,

soweit dies zur Sicherstellung einer effektiven, qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung erforderlich ist.

§ 4 Vergütung

- Entgelte für Einsätze im Rettungsdienst werden ausschließlich vom Aufgabenträger als Benutzungsgebühren nach der jeweils gültigen Satzung und Gebührenordnung erhoben.
- Die Höhe der dem Gesteller für seine Leistungen zustehenden Vergütung ergibt sich im Sinne eines Pauschalfestpreises wie folgt:
 - Für das erste Beauftragungsjahr:
Sämtliche in der Anlage 9 Preisblatt im Rahmen des Vergabeverfahrens AV-A570301/2026 vom Gesteller angegebenen Preise werden im Falle des Zuschlags Vertragsbestandteil (Vertragspreis).
 - Für die folgenden Beauftragungsjahre:
Der Vertragspreis für die folgenden Beauftragungsjahre ergibt sich aus dem Vertragspreis für das erste (1.) Beauftragungsjahr, ggf. erhöht durch Anpassungen gemäß § 4a dieses Vertrages. Soweit bei mehrjährigen Beauftragungen das erste (1.) Beauftragungsjahr nicht in einem vollen Jahr besteht, ist in den folgenden (vollen) Beauftragungsjahren die Vergütung gegenüber dem in der Anlage 9 Preisblatt angegebenen Preis pro rata tempore zu erhöhen, d. h. es wird der Preis für das erste (1.) Beauftragungsjahr durch die Anzahl der Beauftragungsmonate im ersten (1.) Beauftragungsjahr geteilt und anschließend mit dem Faktor 12 multipliziert. Soweit das letzte Beauftragungsjahr nicht in einem vollen Jahr besteht, wird analog verfahren.

Mit dem Pauschalfestpreis sind sämtliche vertragsgegenständliche Leistungen abgegolten.

- Die für Personalkosten ausgewiesenen (und ggf. angepassten) Preise sind im Falle der Beauftragung ausschließlich für die Personalvergütung zu verwenden; Quersubventionierungen anderer Kostenpositionen sowie zwischen den einzelnen Personalkostenpositionen sind ausgeschlossen. Im Falle des Verstoßes hiergegen steht dem Aufgabenträger insoweit insbesondere ein Rückforderungsrecht zu.
- Der Aufgabenträger vergütet die Leistungen des Gestellers mittels pauschaler Abschlagszahlungen.

Hierzu wird quartalsweise – jeweils bis zum fünften (5.) Tag des ersten Monats des Quartals – ein Viertel (1/4) des Vertragspreises für das jeweilige Jahr gemäß Absatz 2 ausgezahlt. Unterjährige Erhöhungen des Pauschalfestpreises im Falle einer Anpassung nach § 4a werden dem Gesteller als Differenzbetrag zu den Satz 1 bestimmten Terminen ausbezahlt; bei unterjährigen Reduzierungen erfolgt analog zu diesen Zeitpunkten eine entsprechende Minderung der Quartalszahlungen. Der Aufgabenträger ist berechtigt, von den Quartalszahlungen jene Differenzen – auch für frühere Abschlags-/Abrechnungsperioden – in Abzug zu bringen, die sich aus der vom Gesteller tatsächlich geleisteten Vorhaltung von der geschuldeten Vorhaltung (Ausfallzeiten) ergeben, soweit die Abweichung mehr als 30 Minuten beträgt. Der Abzug für Ausfallzeiten ist nach folgender Formel zu errechnen:

$$\frac{\text{Mehrvergütungs- bzw. Abzugspreis pro Minute}}{\text{Jahressumme Vertragspreis}} = \frac{\text{Jahressumme Vertragspreis}}{\text{Jahressumme Vorhaltungstunden} \times 60}$$

- Führen Verletzungen von Mitwirkungspflichten des Gestellers bei der Abrechnung mit den jeweiligen Gebührenschuldern, die der Gesteller zu vertreten hat, dazu, dass im Rahmen dieses Vertrages durchgeführte rettungsdienstliche Einsätze oder Transporte nicht oder nicht vollständig gegenüber dem jeweiligen Abrechnungsschuldner abgerechnet werden können, kann der Aufgabenträger die Vergütung des Gestellers in Höhe des nicht einbringlichen angefallenen Gebührensatzes kürzen. Der Aufgabenträger ist berechtigt, seinen Erstattungsanspruch gegen die nächste Quartalszahlung gemäß § 4 Absatz 4 aufzurechnen.
- Die vertraglich vereinbarten Vergütungen verstehen sich einschließlich der jeweils gesetzlich geschuldeten Umsatzsteuer, soweit der Gesteller in seinem Angebot im Rahmen des der Beauftragung zugrunde liegenden Auswahlverfahrens auf die von ihm angegebenen Preise Umsatzsteuer ausgewiesen hat und soweit die Umsatzsteuer dann auch tatsächlich anfällt. Sollte sich nachträglich herausstellen, dass auf die vertragsgegenständlichen Leistungen entgegen der ursprünglichen Abrechnung keine Umsatzsteuer geschuldet war, ist der Gesteller verpflichtet die zu Unrecht vereinnahmte Umsatzsteuer an den Aufgabenträger zurückzuerstatten. Der Aufgabenträger ist berechtigt, seine entsprechende Erstattungsforderung gegen die Forderungen des Gestellers auf die Abschlagszahlungen gemäß Absatz 4 aufzurechnen. Der Gesteller verpflichtet sich des Weiteren, etwaige sich aus der Rechnungsberichtigung ergebende Erstattungsansprüche gegenüber der Finanzverwaltung unverzüglich geltend zu machen. Soweit eine unmittelbare Erstattung an den Aufgabenträger aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist, tritt der Gesteller bereits jetzt seine entsprechenden Erstattungsansprüche gegenüber der Finanzverwaltung an den Aufgabenträger ab. Der Aufgabenträger nimmt die Abtretung an. Der Gesteller wird alle zur Durchsetzung der Erstattungsansprüche erforderlichen Mitwirkungshandlungen jeweils unverzüglich vornehmen. Ein Zurückbehaltungsrecht des Gestellers hinsichtlich der Rückerstattung besteht nicht. Soweit der Gesteller in seinem Angebot im Rahmen des der Beauftragung

zugrunde liegenden Auswahlverfahrens auf die von ihm angegebenen Preise keine Umsatzsteuer ausgewiesen hat, ist eine nachträgliche Erhöhung der Vergütung aufgrund einer abweichenden umsatzsteuerlichen Einordnung ist ausgeschlossen. Soweit der Gesteller nachträglich Umsatzsteuer auf die vertragsgegenständlichen Leistungen schuldet oder entsprechende Forderungen von Finanzbehörden erhoben werden, hat er den Aufgabenträger von hieraus resultierenden Ansprüchen freizustellen. Der Gesteller trägt das alleinige Risiko der zutreffenden umsatzsteuerlichen Einordnung seiner Leistungen.

§ 4a Anpassungen der Vergütung

- (1) Wird der Leistungsumfang während der Vertragslaufzeit gemäß § 3 geändert, ist der neue Vertragspreis nach folgender Formel zu errechnen:

$$\text{Vertragspreis (neu)} = \frac{\text{Vertragspreis (alt)}}{52,2 \times \text{VVh}^* (\text{alt})} \times \text{VVh}^* (\text{neu})$$

* VVh = Vorhaltestunden pro Woche (vgl. Ziff. 5.1 Anlage 3)

Im Falle der Ausübung der Option nach § 3 Absatz 8 gilt:

$$\text{Vertragspreis (neu)} = \text{Vertragspreis (alt)} \times 2,0$$

- (2) Zum Ausgleich von Personalkostensteigerungen gelten folgende Anpassungsregeln:

- a) Soweit der Gesteller an einen Tarifvertrag gebunden ist oder einen Tarifvertrag durch individualvertragliche Inbezugnahme dynamisch anwendet, können die durch die Anwendung des Tarifvertrags bzw. durch Tarifierhöhungen bedingten Kostensteigerungen beim notärztlichen Personal an den Aufgabenträger weitergegeben werden. Voraussetzung hierfür ist die Anmeldung und der Nachweis einer Tarifierhöhung gegenüber dem Aufgabenträger sowie eine nachvollziehbare Berechnung. Unter diesen Voraussetzungen erhöht sich dann der Vertragspreis in den Personalkostenpositionen der Anlage 9 Preisblatt entsprechend den durch die Tarifierhöhung bedingten Kostensteigerungen. Rückwirkende Anpassungen sind nur möglich, soweit diese Rückwirkung in der entsprechenden tarifvertraglichen Einigung vorgesehen ist. Für tarifvertragliche Entwicklungen, die dem Gesteller bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe in dem der Beauftragung zugrunde liegenden Vergabeverfahren bekannt waren, ist eine Anpassung während des ersten (1.) Beauftragungsjahres ausgeschlossen. Kollektive Festlegungen allgemeiner Arbeits- und/oder Vergütungsbedingungen werden Tarifverträgen gleichgestellt (sog. tarifvertragsgleiche kollektive Festlegung), wenn

- es sich um eine allgemeine Regelung handelt, die objektiv für alle Mitarbeitenden ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Mitarbeitenden anwendbare Merkmale und Bemessungsgrundsätze aufstellt,

- diese allgemeine Regelung rechtlich verbindlich auf das einzelne Arbeitsverhältnis einwirkt,
- sich dabei Arbeitgeber und Arbeitnehmer insoweit dem Bestimmungsrecht einer dritten Institution unterwerfen und
- die gleichberechtigte Beteiligung der Mitarbeiterschaft bei deren Zustandekommen gewährleistet ist.
- Haustarifverträge sind hingegen von dieser Regelung ausgeschlossen.

- b) Soweit der Gesteller nicht unter lit. a fällt, kann dieser Personalkostensteigerungen in Höhe der durch das Statistische Bundesamt ausgewiesenen Entwicklung der Arbeitskostenindizes im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich (Index der Arbeitskosten insgesamt) nach Maßgabe nachfolgender Regularien weitergeben: Eine Erhöhung der Personalkosten ist jährlich, frühestens jedoch ab dem zweiten (2.) Vertragsjahr, jeweils zum 01.01. auf der Basis des zu diesem Zeitpunkt aktuell (für das zurückliegende Jahr) vom Statistischen Bundesamt festgestellten Index möglich. Voraussetzung hierfür ist die Anmeldung gegenüber dem Aufgabenträger sowie eine nachvollziehbare Berechnung. Unter diesen Voraussetzungen erhöht sich dann der Vertragspreis in den Personalkostenpositionen der Anlage 9 Preisblatt entsprechend den durch die Indexerhöhung bedingten Kostensteigerungen. Negative Indexentwicklungen bleiben unberücksichtigt.

- (3) Zum Ausgleich von Steigerungen der Sachkosten sowie der Kosten der zentralen Verwaltung (indirekter Overhead) gelten folgende Anpassungsregeln: Die Anpassung der in Zeilen 2, 3 und 5 der Anlage 9 Preisblatt ausgewiesenen Kostenpositionen kann jährlich zum Wechsel des Kalenderjahres, frühestens jedoch ab dem zweiten (2.) Vertragsjahr, auf der Basis Verbraucherpreisindex (VPI) des Statistischen Bundesamtes anhand des Jahresdurchschnittswertes für das aktuellste statistisch ausgewiesene vollständige Jahr) erfolgen.
- (4) Dissense über die Anpassung der Vergütung berechtigen nicht zur Verweigerung der Leistung.

§ 5 Vertragsbestandteile

- (1) Dieser Vertrag umfasst folgende Bestandteile, in der dargestellten Rangfolge:
1. die Bestimmungen dieses Vertrags;
 2. die Vergabeunterlagen des Vergabeverfahrens Bekanntmachungsnummer AV-A570301/2026 in der Form, welche diese durch etwaige ergänzende, präzisierende oder abändernde Bieterinformationen erhalten haben sowie das hierauf eingereichte Angebot des Gestellers nebst jeweiligen Anlagen und allen etwaigen nachgeforderten bzw. nachgereichten Unterlagen, einschließlich der vom Gesteller eingereichten Konzepte, allerdings jeweils

nur insoweit, wie die Vorgaben der Vergabeunterlagen eingehalten werden;

3. etwaige Weisungen des Aufgabenträgers gemäß Ziffer 17 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung, soweit diese schriftlich ergangen sind;
 4. die Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen;
 5. die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen).
- (2) Soweit in den anliegenden Vergabeunterlagen (Anlagen 0 bis 3) von der „Anlage 4 Vertragsbedingungen“ die Rede ist, ist nunmehr der hiesige Vertrag gemeint.
- (3) Die Beauftragung erfolgt nach Maßgabe der einschlägigen bundes- und landesrechtlichen Regelungen, insbesondere des RettG NRW in seiner jeweils gültigen Fassung und des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG - NRW) vom 22. März 2018.

§ 6 Haftung, Versicherung

- (1) Der Aufgabenträger haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die Dritten im Rahmen der Erbringung rettungsdienstlicher Leistungen durch den Gesteller bzw. dessen Personal entstehen. Der Gesteller ist gegenüber dem Aufgabenträger verpflichtet, für vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführte Schäden, für die der Aufgabenträger in Anspruch genommen wird, Ersatz zu leisten und den Aufgabenträger insoweit freizustellen. Diese Ersatzpflicht greift auch, wenn das Personal des Gestellers einen Schaden an Fahrzeugen, Gebäuden/Räumlichkeiten oder anderen Sachmitteln des Aufgabenträgers vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeiführt und insoweit unter Berücksichtigung der Grundsätze zur „gefahr geneigten Tätigkeit“ arbeitsrechtlich in Regress zu nehmen wäre.
- (2) Zur Abdeckung von Haftungsrisiken aus der Erbringung der hier vertragsgegenständlichen Leistungen hat der Gesteller die in Ziffer 3.3 der Anlage 1 Eignungskriterien aufgeführten Versicherungen abzuschließen und während des gesamten Vertragszeitraumes uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Mit den genannten Versicherungen hat der Gesteller auch das von ihm zur Erbringung der vertragsgegenständlichen rettungsdienstlichen Leistungen eingesetzte Personal gegen Haftpflichtansprüche Dritter abzusichern. Die Versicherungsnachweise sind dem Aufgabenträger zu Beginn eines jeden Versicherungsjahres jeweils unaufgefordert vorzulegen.
- (3) Zur Absicherung des Personals gegen Unfallschäden gelten die Bestimmungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Eine darüber hinausgehende Absicherung (bspw. durch Abschluss einer privaten Unfallversicherung) ist dem Gesteller freigestellt. Mehrkosten

hierfür sind allerdings keine ansatzfähigen Kosten des Rettungsdienstes im Sinne von §§ 4, 4a.

§ 7 Prüf- und Kontrollrechte

- (1) Dem Aufgabenträger hat ein umfassendes Prüf- und Kontrollrecht zur Gewährleistung einer den Anforderungen des RettG NRW genügenden Leistungserbringung.
- (2) Der Gesteller ist verpflichtet, dem Aufgabenträger die zur Prüfung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag sowie aus der Anlage 3 Leistungsbeschreibung erforderlichen Unterlagen (Dokumente, Bescheinigungen, Nachweise etc.) in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen:
 - a) Prüf- und Kontrollberichte Dritter (u.a. von der Bundesagentur für Arbeit) unaufgefordert innerhalb einer Frist von vierzehn (14) Tagen nach Erhalt;
 - b) Erlaubnis (einschließlich Verlängerung, sofern nicht unbefristet) zur Arbeitnehmerüberlassung unaufgefordert innerhalb einer Frist von vierzehn (14) Tagen nach Erhalt (Ziffer 3 Anlage 3 Leistungsbeschreibung);
 - c) Versicherungsnachweise unaufgefordert zu Beginn eines jeden Versicherungsjahres (§ 6 Abs. 2);
 - d) IST-Dienstplan eines jeden Monats unaufgefordert bis spätestens zum Fünften (5.) des Folgemonats (Ziffer 5.4 Anlage 3 Leistungsbeschreibung);
 - e) Notärztliche Qualifikations- und Fortbildungsnachweise unaufgefordert bis spätestens zum Fünften (5.) des Folgemonats, soweit Notärzte dem Notarzt-Pool neu hinzugefügt (Ziffer 5.3 Anlage 3 Leistungsbeschreibung) oder poolfremde Notärzte erstmals dem Aufgabenträger überlassen werden (Ziffer 5.4 Anlage 3 Leistungsbeschreibung);
 - f) alle sonstigen Unterlagen, die zur Überprüfung der Erfüllung des Vertragszweckes geeignet und erforderlich sind, innerhalb einer Frist von vierzehn (14) Tagen nach Aufforderung durch den Aufgabenträger.

§ 8 Verschwiegenheit

- (1) Für die Verschwiegenheitspflicht des Gestellers und der von ihm zur Erfüllung der hier vertragsgegenständlichen Leistungen eingesetzten Personen gilt § 37 des Gesetzes zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamStG) vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010) entsprechend mit der Maßgabe, dass als „Dienstherr“ im Sinne der Vorschrift der Aufgabenträger anzusehen ist.
- (2) Der Gesteller hat eine den Anforderungen des Absatzes 1 sowie den Ziffern 21 und 22 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung entsprechende schriftliche Verschwiegenheitserklärung von allen zur Erfüllung der vertragsgegenständlichen rettungsdienstlichen Aufgaben eingesetzten Personen einzuholen. Auf Anforderung des Aufgabenträgers sind die vom Gesteller zur Erfüllung der

hier vertragsgegenständlichen Leistungen eingesetzten Personen darüber hinaus nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547) förmlich zu verpflichten.

§ 9

Nachunternehmer

Der Einsatz von Unterauftragnehmern („Nachunternehmer“) richtet sich während der gesamten Vertragslaufzeit nach Ziffer 9 der *Aufforderung zur Angebotsabgabe* (Anlage 0).

§ 10

Vertragsstrafen

- (1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Gestellers gegen Vorgaben und Regelungen der Anlage 3 Leistungsbeschreibung

- a) zur Bekleidung (Ziffer 12),
- b) zur Dokumentation (Ziffer 16),

wird jeweils eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 250,00 fällig.

- (2) Für jeden schuldhaften Verstoß des Gestellers gegen Vorgaben und Regelungen

- a) zur Vorlage von Nachweisen (Ziffer 6.5 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung),
- b) zum Datenschutz und zu Auskünften und Aussagen gegenüber Dritten (Ziffern 21, 22 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung),
- c) zu Bild- und Tonaufnahmen und zu Social Media Veröffentlichungen (Ziffer 24 Anlage 3 Leistungsbeschreibung),
- d) zum Beschwerdemanagement (Ziffer 23)

wird jeweils eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 500,00 fällig.

- (3) Für jeden schuldhaften Verstoß des Gestellers gegen die Vorgaben zum Abmarsch (Ziffer 9 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung) wird jeweils eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 50,00 je angefangene 10 Sekunden Überschreitung, maximal jedoch EUR 1.500,00, fällig.

- (4) Für jeden schuldhaften Verstoß des Gestellers gegen

- a) Anweisungen bzw. Weisungen des Aufgabenträgers gemäß Ziffer 17 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung;
- b) Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG)

wird jeweils eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 1.500,00 fällig.

- (5) Für jeden schuldhaften Verstoß des Gestellers gegen die Verpflichtung zur Ausfallkompensation (Ziffer 5.5 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung) wird jeweils eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 50,00 je angefangene 15 Minuten Überschreitung, maximal jedoch

EUR 2.750,00 fällig.

- (6) Für jeden schuldhaften Verstoß des Gestellers gegen Vorgaben zu den personellen Anforderungen (Ziffer 6 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung) beim Einsatz von Notärzten wird jeweils eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 2.750,00 fällig.

- (7) Für die schuldhafte Behinderung von Kontroll- und Prüfungshandlungen gemäß § 7 dieses Vertrages oder die fehlende Mitwirkung hieran wird jeweils eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 5.000,00 fällig.

- (8) Für jeden schuldhaften Verstoß des Gestellers gegen die die Pflicht zur Besetzung des Notarzdienstes monatlich zu mindestens 80% mit einem Notarzt aus dem vom Gesteller zur Besetzung der Notarzdienste eingerichteten Notarzt-Pool (Ziffer 5.3 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung) wird jeweils eine Vertragsstrafe fällig

- a) bei einer Besetzungsquote von weniger als 80% bis 70% in Höhe von 3.000 EUR,
- b) bei einer Besetzungsquote von weniger als 70% bis 60% in Höhe von 4.500 EUR ,
- c) bei einer Besetzungsquote von weniger als 60% bis 50% in Höhe von 6.000 EUR,
- d) bei einer Besetzungsquote von weniger als 50% in Höhe von 7.500 EUR.

- (9) Bei mehreren Verstößen gegen die Vertragspflichten auf Grundlage dieser Regelung darf die jährliche Summe der Vertragsstrafen insgesamt nach diesem Vertrag fünf (5) vom Hundert des jeweiligen geeigneten Plankostenansatzes für dieses Jahr nicht überschreiten.

- (10) Vertragsstrafen können bis längstens neun (9) Monate nach Kenntniserlangung von dem Umstand, der zur Geltendmachung der Vertragsstrafe berechtigt, geltend gemacht werden.

- (11) Die Ausübung weiterer Rechte, die sich aus diesem Vertrag oder gesetzlichen Regelungen im Falle von Verstößen des Gestellers ergeben können, wird durch die Geltendmachung einer Vertragsstrafe nicht berührt.

§ 11

Laufzeit, Kündigung

- (1) Die Laufzeit dieses Vertrages richtet sich nach Ziffer 5.1 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung. In Los 2 steht dem Aufgabenträger eine einseitige Option zur (ggf. auch mehrfachen) Verlängerung um jeweils ein (1) weiteres Quartal (längstens jedoch bis zum 31.03.2029) zu, die jeweils spätestens zwei (2) Monate vor Ablauf des Leistungszeitraumes durch einseitig empfangsbedürftige schriftliche Erklärung ausgeübt werden muss.

- (2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Der Aufgabenträger hat insbesondere dann das Recht zur außerordentlichen Kündigung, wenn

- a) der Gesteller die Personalliste gemäß Ziffer 5.3 der Anlage 3 Leistungsbeschreibung nicht bis spätestens 01.10.2026 vorgelegt hat.

- b) die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebs des Gestellers nicht mehr gewährleistet ist bzw. Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Gestellers oder der zur Führung des Betriebs bestellten Personen begründen können. Die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes ist insbesondere nicht mehr gegeben, wenn

- die an den Betrieb und das Personal zu stellenden fachlichen Anforderungen nicht mehr erfüllt sind, insbesondere die überlassenen Notärzte nicht die erforderlichen Eignungskriterien erfüllen, oder
- die ununterbrochene personelle Vorhaltung an den Notarztstandorten gemäß den Vorgaben der Anlage 3 Leistungsbeschreibung nicht gewährleistet ist oder
- die Nichterreichbarkeit des vom Gesteller benannten Ansprechpartners eintritt oder
- im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassene Vorschriften (bspw. Dienst- und Verfahrensweisungen des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst) vom Gesteller wiederholt nicht befolgt werden.

Die erforderliche Zuverlässigkeit des Gestellers ist insbesondere nicht mehr gegeben, wenn

- die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Vorschriften nicht befolgt werden oder
- wiederholt Verpflichtungen zuwidergehandelt wird, die dem Gesteller nach dem Gesetz obliegen;
- der Gesteller oder die überlassenen Notärzte gegen Gesetze verstoßen, die zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens führen, und der Gesteller nicht selbst rechtliche Schritte unternimmt;

- c) der Gesteller wiederholt Vertragspflichten verletzt;
- d) gerichtliche oder aufsichtsbehördliche Maßnahmen diesem Vertrag die rechtliche oder tatsächliche Grundlage ganz oder teilweise entziehen;
- e) der Gesteller zahlungsunfähig wird bzw. ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Gestellers eröffnet oder die Eröffnung des Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird;
- f) dem Gesteller die Rechtsfähigkeit entzogen wird
- g) Sachverhalte auftreten oder nachträglich bekannt werden, die in entsprechender Anwendung von § 26 RettG NRW im Falle einer Genehmigung nach § 17 RettG NRW zu deren Widerruf bzw. Rücknahme führen würden.

- (3) Die außerordentliche Teil- bzw. Kündigung ist grundsätzlich nur zulässig, wenn der Gesteller zuvor durch schriftliche Abmahnung auf die Verstöße hingewiesen wurde und das vertragswidrige Verhalten gleichwohl nicht unterlässt. Wenn die außerordentliche Kündigung erforderlich ist, um konkret zu besorgende Gefahren für die Patienten bzw. potentielle Nutzer des Rettungsdienstes abzuwenden, ist eine vorherige (Ab-) Mahnung ebenso entbehrlich wie eine fortgesetzte

Begehungsweise; es reicht dann die konkret zu besorgende, nicht anders abwendbare (Wiederholungs-) Gefahr. Bei Kündigungsgründen, die in der zur Führung der Geschäfte bestellten Person begründet sind, ist dem Gesteller vor einer außerordentlichen Kündigung Gelegenheit zu einem unverzüglichen Personalwechsel unter gleichzeitiger sofortiger Sicherstellung einer verantwortbaren Übergangsregelung zu geben.

- (4) Der Aufgabenträger kann das Recht zur außerordentlichen Kündigung auch nur in Bezug auf einzelne Vertrags-/Leistungssteile dieses Vertrages im Wege einer außerordentlichen Teilkündigung ausüben. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass der Gesteller die geschuldeten Vorhaltezeiten wegen Personalmangels nicht in dem vereinbarten Umfang sicherstellt bzw. nicht mehr sicherstellen kann.
- (5) Wird die außerordentliche (Teil-) Kündigung des Beauftragungsvertrags durch ein vertragswidriges Verhalten des Gestellers veranlasst, so ist dieser zum Ersatz des durch die (Teil-) Aufhebung des Beauftragungsvertrags entstehenden Schadens nach den Vorgaben des § 13 verpflichtet. Das Recht zur Geltendmachung von Vertragsstrafen nach § 10 bleibt hiervon unberührt.

§ 12

Ersatzbeauftragung, Belegung

Sofern der Gesteller die ihm obliegenden Leistungen nicht in dem nach der Anlage 3 Leistungsbeschreibung geschuldeten Umfang erbringt, ist der Aufgabenträger zur Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung berechtigt, entsprechende Ersatzleistungen auf Kosten des Gestellers eigenständig oder durch die ersatzweise Beauftragung Dritter erbringen zu lassen.

§ 13

Schlechtleistung

- (1) Erbringt der Gesteller die Leistung nicht in der vertraglich vereinbarten Qualität bzw. nicht in dem vertraglich vereinbarten Umfang und entsteht dem Aufgabenträger hierdurch ein Schaden, ist der Gesteller zum Ersatz des Schadens gemäß den §§ 280 ff. BGB verpflichtet. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die vom Gesteller geschuldete Personalbereitstellung ganz oder teilweise nicht erbracht wird und der Aufgabenträger die Sicherstellung des Rettungsdienstes durch Rückgriff auf andere Leistungserbringer bzw. eigene Mittel gewährleisten muss und ihm hierdurch Mehrkosten entstehen. In diesem Fall ist der Aufgabenträger berechtigt, die Vergütung des Gestellers im entsprechenden Umfang zu kürzen und Schadensersatz für die ihr entstandenen Mehrkosten geltend zu machen. Für Ausfälle in der Vorhaltung gilt ein pauschaler Schadensersatz in Höhe von EUR 80,00 pro ausgefallene Vorhaltestunde (bei minutenscharfer Abrechnung), wobei
- a) eine Reduzierung dieses Betrages bei Nachweis eines geringeren Schadens des Aufgabenträgers seitens des Gestellers;
 - b) eine Erhöhung dieses Betrages bei Nachweis eines

höheren Schadens des Aufgabenträgers seitens
des Aufgabenträgers

nachgelassen ist.

- (2) Das Recht zur außerordentlichen (Teil-) Kündigung des Beauftragungsvertrages nach § 11 und zur Geltendmachung von Vertragsstrafen nach § 10 bleiben unberührt.
- (3) Ausfälle von Rettungsmitteln aufgrund von Personalausfällen können nur insoweit zur Begründung der in dieser Vorschrift geregelten Rechtsfolgen herangezogen, wie die Ausfalldauer werktags zwischen 07:00 und 16:00 Uhr mehr 60 Minuten und zu allen anderen Zeiten mehr als 120 Minuten beträgt.

§ 14

Schadensersatz

bei wettbewerbsbeschränkenden Abreden

Hat der Gesteller im Rahmen des der Beauftragung zu Grunde liegenden Vergabeverfahrens eine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen, wird ein Betrag in Höhe von zehn (10) Prozent des Vertragspreises zur Zahlung an den Aufgabenträger fällig, es sei denn, es wird ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen oder nachgewiesen, dass kein Schaden entstanden ist.

§ 15

Änderungen, Anpassungen

- (1) Ergänzungen oder Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Verbindlichkeit der Schriftform. Dieses Formerfordernis kann auch nicht durch eine mündliche Vereinbarung beseitigt werden. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, so bleibt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich für diesen Fall, die rechtsunwirksame Bestimmung rückwirkend zum Zeitpunkt der Unwirksamkeit durch eine andere, in Sinn und Zweck ihr nach Möglichkeit gleichkommende Bestimmung zu ersetzen.
- (3) Haben sich die Verhältnisse, die für die Abfassung des Inhaltes dieser Vereinbarung maßgebend waren, seit Abschluss der Vereinbarung so wesentlich geändert, dass einem Vertragspartner das Festhalten an der ursprünglichen vertraglichen Regelung nicht zuzumuten ist, kann diese Vertragspartei eine Anpassung des

Vertragsinhaltes an die geänderten Verhältnisse verlangen. Der Aufgabenträger kann jederzeit die Anpassung dieser Vereinbarung an die jeweils geltende Fassung des RettG NRW sowie der dazu erlassenen Verordnungen, Richtlinien u. ä. verlangen. Nimmt eine Vertragspartei ein Angebot zum Abschluss der Anpassungsvereinbarung der anderen Vertragspartei nicht innerhalb von vier (4) Wochen nach dessen Abgabe an, obwohl die Voraussetzungen nach Satz 1 oder 2 vorlagen, ist die jeweils andere Vertragspartei berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von drei (3) Monaten zu kündigen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung gemäß § 11 dieses Vertrages bleibt davon unberührt.

- (4) Spezielle Anpassungsregeln, die sich aus diesem Vertrag oder seinen Anlagen ergeben, bleiben unberührt.

§ 16

Schiedsklausel, Gerichtsstand

- (1) Bei Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten aus dieser Vereinbarung sowie über die Gültigkeit bzw. Auslegung dieses Vertrages soll vor dem Beschreiten des Rechtsweges zum Verwaltungsgericht eine Schiedskommission, bestehend aus je zwei (2) Vertretern des Aufgabenträgers und des Gestellers, zur Schlichtung angerufen werden.
- (2) Der Gerichtsstand ist Meschede.

§ 17

Schlussbestimmungen

- (1) Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht.
- (2) Nach diesem Vertrag elektronisch abzugebende Erklärungen/Mitteilungen sind per E-Mail an notarztgestaltung@hochsauerlandkreis.de zu senden.
- (3) Der Gesteller kann die Ansprüche aus diesem Vertrag nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers an Dritte abtreten.
- (4) Der Inhalt dieses Vertrages darf auch über die Laufzeit hinaus für fünf Jahre nicht öffentlich gemacht werden, insbesondere auch nicht gegenüber den Notärzten.
- (5) Dieser Vertrag richtet sich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Meschede, den

Datum

(Ort), den (Datum)

für den Aufgabenträger

für den Gesteller

Anlagen:

- Anlage 0 Aufforderung zur Angebotsabgabe
- Anlage 1 Eignungskriterien
- Anlage 2 Zuschlagskriterien
- Anlage 3 Leistungsbeschreibung
- Anlage 4 *entfällt* (siehe § 2 Abs. 2)
- Anlagen 5ff Angebotsunterlagen

Änderungshistorie		
Dokumentenstand Datum	Vorgenommene Änderungen	Bekannt gegeben Datum
18.05.2026	Ursprungsfassung	<input checked="" type="checkbox"/>
--	--	<input type="checkbox"/>